



Haushaltsrede zur Einbringung des Haushaltsplänenentwurfs 2026 von der städtischen Kämmerin Marion Mollenkott

(Ratssitzung am 29.01.26 / Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Langhard, sehr geehrter Herr Schweinsberg, sehr geehrter Herr Kramann, sehr geehrte Damen und Herren des Rates, sehr geehrte Gäste!

Zur heutigen Sitzung des Rates bringen wir den Entwurf des Haushaltplanes 2026 in das politische Beratungsverfahren ein.

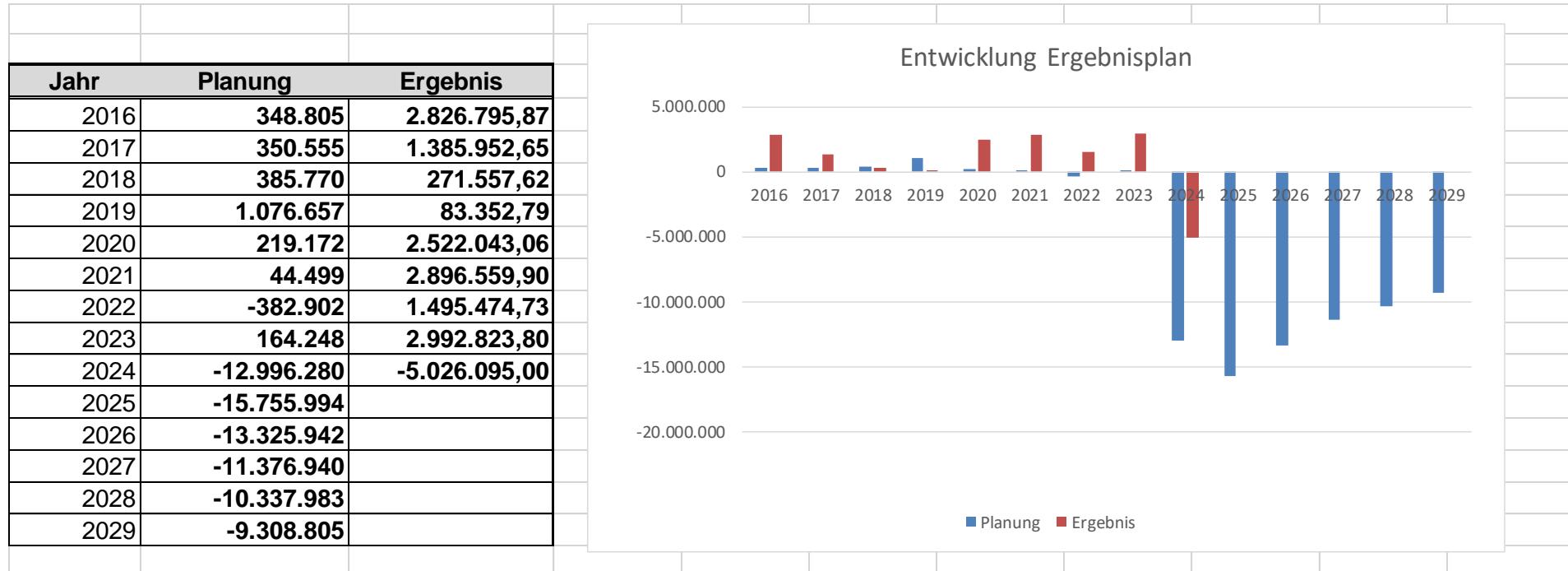
Ich habe nachgezählt, es ist die 9. Haushaltsrede, die ich halte und nach meiner Empfindung eine Rede vor einem besonders schwierigen Hintergrund.

Ich habe die Rede in drei Blöcke unterteilt:

Rückblick, aktuelle Situation und Ausblick

Zunächst zum Rückblick:

Der Jahresabschluss 2024 wies in der Planung einen Fehlbetrag von rd. 13 Mio. € aus und hat mit einem tatsächlichen Fehlbetrag von rd. 5 Mio. € abgeschlossen, geringeres Defizit somit rd. 8 Mio. €.



Für den Jahresabschluss 2025 war ein Fehlbetrag von rd. 15,8 Mio. € geplant, der Controllingbericht zum 30.09. wies eine Überschreitung dieses Fehlbetrages von rd. 600 T€ aus.

Durch den Rat wurden in der Sitzung Ende November 2025 erhebliche Haushaltsüberschreitungen bewilligt:

Hier beispielhaft:

Technisches Immobilienmanagement 1,8 Mio. €, welche nicht dem Rathaus oder dem Kulturhaus zuzurechnen sind.

Bereich Jugend rd. 2,4 Mio. €. Über zwei weitere Haushaltsüberschreitungen im Volumen von rd. 500 T€ aus dem Bereich „Jugend“ haben Sie heute entschieden. Die Haushaltsüberschreitungen müssen durch Einsparungen bzw. Mehrerträge an anderer Stelle kompensiert werden.

Zudem blieb die Gewerbesteuer netto rd. 1,4 Mio. € hinter dem Haushaltsansatz zurück. Ich kann also zurzeit keinesfalls absehen, dass wir, wie im Jahresabschluss davor, mit einer größeren Unterschreitung des geplanten Fehlbetrages rechnen können.

Die genannten Rahmenbedingungen gelten weiterhin und begleiten uns auch in die Aufstellung des neuen Haushaltsplanes. Dazu komme ich gleich noch.

Um schneller in der Haushaltsplanung auf Änderungen reagieren zu können, haben wir daher auch im Sinne der Bürger entschieden, im Jahr 2026 keinen Doppelhaushalt 26/27 aufzustellen.

Zur aktuellen Situation:

Wer die Presseberichterstattungen über die Haushalte in den Nachbarstädten verfolgt hat, weiß, dass alle Kommunen im ERK mit Fehlbeträgen in erheblichem Umfang kämpfen.

Aus einer Zusammenstellung geht hervor, dass sich kreisweit die geplanten Defizite in den Haushalten aller 9 Städte des Kreises für 2026 auf rd. 168,8 Mio. € belaufen.

Wir legen Ihnen aktuell einen Haushaltsplanentwurf vor, der mit einem Fehlbetrag von rd. 13,3 Mio. € abschließt.

Wir sind also leider in guter Gesellschaft.

Die schwierige Haushaltslage macht sich auch in der Höhe unserer **Liquiditätskredite** bemerkbar. Ende November 2025 hat der Rat eine Anhebung der bisherigen Summe von 74 Mio. € auf 85 Mio. € beschlossen, da sich Defizite im Ergebnisplan auch im Finanzplan bemerkbar machen. Die Altschuldenhilfe von rd. 17,3 Mio. € ist zwar hilfreich, kompensiert aber nur den Anstieg unserer Liquiditätskredite innerhalb eines Jahres. Tatsache ist, dass unsere Liquiditätskredite vom 01.01.25 bis zum 31.12.25 von 49,4 Mio. € auf 68,2 Mio. € angestiegen sind, somit um rund 18,8 Mio. €. Aktuell liegen wir bei tatsächlich aufgenommene Liquiditätskrediten von rd. 69 Mio. €.

Im Doppelhaushalt 2024/2025 haben wir erstmalig wieder ein **HSK** aufgestellt. Dieses ist jetzt fortzuschreiben. Wir haben die bisherigen Maßnahmen aktualisiert und auch den Umsetzungsstand dargestellt.

Angelehnt an den politischen Antrag, bis Ende April weitere Maßnahmen vorzulegen, läuft zurzeit eine Abfrage in den Fachbereichen über mögliche weitere Konsolidierungsmaßnahmen. Diese werden aber schon von der zeitlichen Abfolge her schwerpunktmäßig erst für den Haushalt 27 und die Folgejahre zum Tragen kommen.

Eine HSK – Maßnahme möchte ich hervorheben:

Die **Anhebung des Hebesatzes der Grundsteuer B**, die schon im vorherigen Doppelhaushalt fester Bestandteil des Haushaltssicherungskonzeptes war und somit auch über den Finanzplanungszeitraum als HSK-Maßnahme gerechnet wurde, um letztendlich in 2034 einen jahresbezogenen Haushaltsausgleich darstellen zu können.

Betragsmäßig macht die Hebesatzanhebung in 2026 einen Mehrertrag von rd. 2,1 Mio. € aus.

Insgesamt ergibt sich mit dieser eingerechneten Hebesatzerhöhung immer noch der schon erwähnte Fehlbetrag von rd. 13 Mio. €.

Aufgrund des Urteils des Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen aus dem Herbst letzten Jahres, das die Splittung (sprich unterschiedliche Hebesätze für Wohn- und Nichtwohngrundstücke) als unzulässig erklärt hat, und des damit einhergehenden Risikos, schlägt die Verwaltung einen einheitlichen Hebesatz bei der Grundsteuer B vor. Ohne die Hebesatzerhöhung wäre der im Vorjahr zunächst beschlossene einheitliche Hebesatz von 995 Punkten weiterhin aufkommensneutral.

Unter Berücksichtigung der gerade dargestellten Konsolidierungsmaßnahme (Hebesatzerhöhung mit einem Konsolidierungsvolumen von rd. 2,1 Mio. €) ergäbe sich rechnerisch im zweiten Schritt ein einheitlicher Hebesatz von 1280 Punkten bei der Grundsteuer B.

Der zwischenzeitlich eingegangene und beschlossene Antrag von drei Fraktionen (Grundsteuer B zunächst festsetzen auf 995 Punkte) führt uns hier also zunächst auf den Stand vor der Einführung der gesplitteten Hebesätze zurück. Dieser Hebesatz ermöglicht aber nicht die geplante Konsolidierung und keinen Inflationsausgleich. Hierfür müssen dann im weiteren Beratungsverfahren anderweitige Kompensationen gefunden werden bzw. die Steuersätze nochmals angepasst werden.

Wichtig ist aber, dass heute überhaupt eine Hebesatzsatzung beschlossen worden ist, damit zunächst eine Steuerveranlagung auf der Basis eines einheitlichen Hebesatzes erfolgen kann. Und somit die Handlungsfähigkeit von Rat und Verwaltung durch Liquidität gegeben ist.

Zur Haushaltssituation:

Es gibt zwei Faktoren, die uns Sorgen machen und die wir nur begrenzt beeinflussen können:

Der Anstieg der Aufwendungen im pflichtigen Jugendbereich:

Ich hatte eingangs bereits dargestellt, dass wir insgesamt Haushaltsüberschreitungen von rd. 3 Mio. € zur Beschlussfassung vorgelegt haben. Hier sehe ich auch die gesamtgesellschaftliche Entwicklung, die sich in der praktischen Arbeit des Jugendamtes niederschlägt.

und den Anstieg der **Allgemeinen Kreisumlage**.

Lagen wir bei der Kreisumlage im Ergebnis in 2024 bei einem Aufwand von 23,4 Mio. €, so sind für 2026 bereits 30,3 Mio. € veranschlagt. Das ist ein Anstieg um rd. 30 %.

Tendenz steigend für die Folgejahre. Im Rahmen der Änderungsliste sind Reduzierungen angekündigt, die für Schwelm rund 400.000 € ausmachen. Es bleibt aber immer noch bei einem deutlichen Anstieg.

Hier sehen Sie einige Ursachen der schwierigen Rahmenbedingungen.

Weitere erwähnenswerte Punkte:

Bei den Fehlbeträgen müssen wir berücksichtigen, dass bereits der **globale Minderaufwand** von 2 % abgezogen wurde. Nicht angewendet haben wir die globale Kürzung im Bereich „Transferaufwand“, da wir dort sehr wenig beeinflussen können.

Hierunter fallen in erster Linie rechtliche Verpflichtungen, zum Beispiel die Kreisumlage, die Gewerbesteuerumlage und auch Jugendhilfekosten.

Die **Personalkosten** sind auf Basis der tatsächlich besetzten Stellen gerechnet, wobei hier auch wieder die pauschale Kürzung von mittlerweile 1.720.000 € eingerechnet wurde. Das müssen wir erst mal schaffen.

Für die Folgejahre sind wir wieder von einer globalen Steigerung von 1 % der Personalkosten ausgegangen.

Wir hatten in das HSK eine Kürzung von zwei Stellen pro Jahr eingerechnet. Für 2025 haben wir die Kürzung im Stellenplan hinbekommen, für 2026 wird es eher eine Ausweitung geben. Insbesondere im Feuerwehrbereich müssen wir im Hinblick auf den neuen Brandschutzbedarfsplan eine Stellenplanänderung vornehmen, damit alle fertig werdenden Auszubildenden über eine Planstelle verfügen.

Eingehen möchte ich noch auf unsere Eigenkapitalsituation und das Thema Investitionen und damit einhergehend den Kreditbedarf.

Ende 2024 hatten wir noch einen Eigenkapitalbestand von rd. 13 Mio. €. Nach meinen vorherigen Ausführungen zum Jahresabschluss 2025 werden wir voraussichtlich zum 31.12.2025 ein negatives Eigenkapital ausweisen müssen, sind also überschuldet. Inwieweit uns hier die Altschuldenhilfe in 2026, die ja eigenkapitalverbessernd wirkt, weiterhilft, muss man abwarten.

Zu den Investitionen:

Im Vorbericht haben wir auf der Seite 28 wichtige Investitionen ab 1.000.000 € dargestellt.

Planungsstelle	Bezeichnung	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	VE 2026	Planung 2027	Planung 2028	Planung 2029
01.01.13/0039.785110	Weitere Hochbauinvestitionen GS Nordstadt	0	1.950.000	90.000	100.000	100.000	0	0
01.01.13/0052.785110	Weitere Hochbauinvest. Gustav-Heinemann-Schule	40.357	12.000.000	0	0	0	0	0
01.01.13/0063.785110	Weitere Hochbauinvestitionen Märkisches Gymnasium	24.655	1.000.000	3.300.000	0	4.000.000	0	0
01.01.13/0223.785110	Weitere Hochbauinvestitionen Städt. Kath. GS St. Marien	0	1.500.000	10.450.000	0	0	0	0
01.01.13/0225.785110	Weitere Hochbauinvestitionen Städt. Gemeinschaftsgrundschule Ländchenweg	402.560	3.467.500	2.400.000	0	6.000.000	0	0
01.01.13/0277.783100	Beschaffung von Ausstattungsgegenständen neues Rathaus	964.157	0	125.000	0	0	0	0
01.01.13/0277.785100	Zusammenführung Verwaltungsstandorte in der Innenstadt	7.903.601	4.900.000	5.000.000	0	1.000.000	500.000	500.000
01.01.13/0291.781800	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen an übrige Bereiche (Kesselhaus)	0	0	0	0	3.000.000	5.000.000	6.000.000
01.01.13/0297.785100	Hochbauinvestitionen Kulturzentrum	841.678	330.000	850.000	0	200.000	0	0
01.01.13/0299.785100	Hochbauinvestitionen Bäder	572.488	8.220.000	8.000.000	17.000.000	7.000.000	10.000.000	0
01.01.13/0312.785100	Hochbauinvestitionen Turnhalle Holthausstr. 15	0	4.000.000	0	0	0	0	0
01.01.13/0314.785100	Hochbauinvestitionen Gebäude Lindenbergstr. 78, 80	290.844	400.000	5.200.000	0	1.000.000	500.000	0
01.01.13/0331.785100	Hochbauinvestitionen Feuer- u. Rettungswache Ochsenkamp	18.326	1.000.000	5.000.000	35.000.000	15.000.000	20.000.000	0
01.01.13/0332.785100	Hochbauinvestitionen FWGH Winterberg	48.941	3.150.000	5.000.000	3.000.000	3.000.000	500.000	0
01.01.13/0333.785100	Hochbauinvestitionen Trauerhalle Friedhof Oehde	0	20.000	900.000	900.000	900.000	0	0
02.01.08/0019.783100	Beschaffung von weiteren Fahrzeugen Feuerwehr	15.864	765.000	1.090.000	900.000	920.000	20.000	20.000

03.01.05/0370.783100	Erwerb von VG > 800 € (StartchancenProgramm Säule I)	0	0	0	0	1.448.900	0	0
12.01.01/0248.785210	Ausbau Rheinische Straße/Loher Straße	638.795	100.000	0	0	0	0	0
12.01.01/0286.785210	Ausbau Ernst-Adolf-Straße	0	1.300.000	2.600.000	100.000	100.000	0	0
12.01.01/0318.785210	Ausbau "An der Rennbahn"	0	500.000	700.000	0	0	0	0
12.01.01/0319.785210	Ausbau "Steinwegstraße"	0	1.800.000	0	0	0	0	0
12.01.01/0320.785210	Ausbau "In der Graslake"	0	1.600.000	0	0	0	0	0
12.01.01/0321.785210	Ausbau "Jesinghauser Straße" zwischen "In der Graslake" bis "Am Ochsenkamp"	0	1.500.000	0	0	0	0	0
12.01.01/0362.785200	Ausbau Märkische Straße	0	0	150.000	0	0	3.500.000	0
12.01.01/0363.785200	Ausbau Schulstraße	0	0	0	0	50.000	0	1.050.000
12.01.04/0349.785100	Isek Wilhelmsplatz	0	0	0	0	0	8.000.000	0
Summe der Investitionen		11.762.266	49.502.500	50.855.000	57.000.000	43.718.900	48.020.000	7.570.000

Hier möchte ich die Fortführung des Bäderprojektes mit 25 Mio. € bis 2028 erwähnen,

das Kesselhaus mit 18 Mio. € ab 2027, die Feuerwache am Ochsenkamp mit 40 Mio. € bis 2028 und auch die Baumaßnahme an der Kath. Grundschulde St. Marien, die in 2026 mit rund 10,5 Mio. € veranschlagt worden ist.

Sie sehen also, dass wir trotz der schwierigen Haushaltslage weiterhin Investitionen in erheblichem Umfang planen.

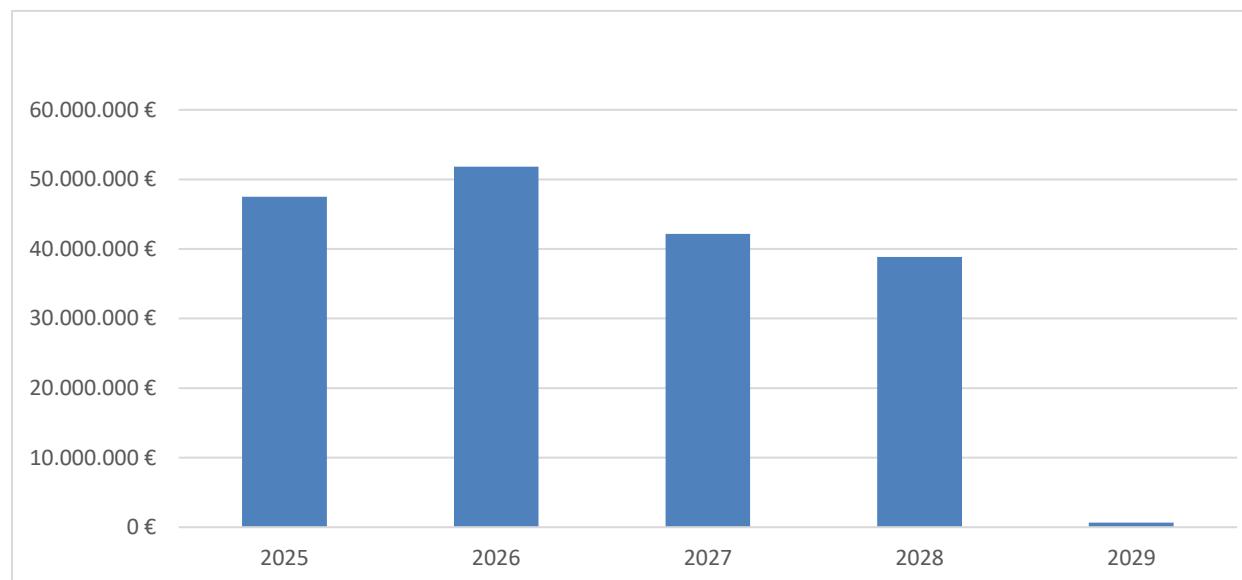
Zum Kreditbedarf:

Wir finanzieren unsere Investitionen überwiegend aus Krediten.

Das sehen Sie in der beigefügten Zusammenstellung.

Das sind aber erst mal Planzahlen auf dem Papier. Tatsächlich haben wir in den vergangenen Jahren diese Planzahlen immer deutlich unterschritten.

Investitions-kredite	Ergebnis		Planung				
	2024	2025	2026	2027	2028	2029	
	9.480.000 €	47.492.150 €	51.835.250 €	42.148.150 €	38.871.450 €	657.750 €	

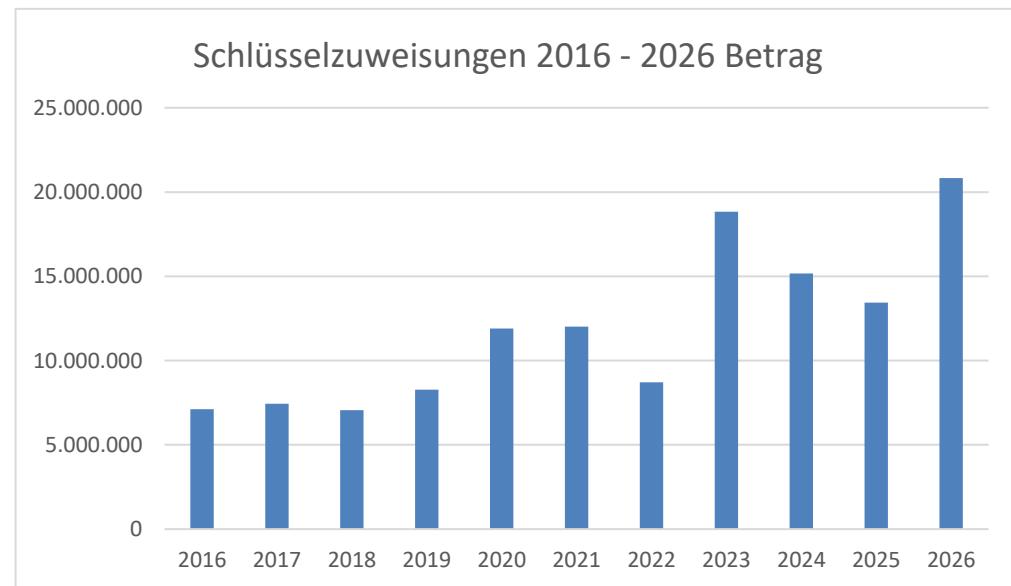


Ausblick:

Wir haben die Gewerbesteuer für 2026 im Rahmen der bewährten Praxis wieder vorsichtig gerechnet. Die Erwartungen für die Abrechnung der Vorjahre haben wir aufgrund des zurückhaltenden Ergebnisses des Jahres 2025 reduziert. Hier wird abzuwarten sein, wie die tatsächliche Entwicklung aussieht.

Auch zu den Schlüsselzuweisungen ist zu erwähnen, dass wir für 2026 rd. 20,8 Mio. € erhalten werden. Diesen Betrag haben wir zunächst im Rahmen der Orientierungsdaten für die Folgejahre fortgeschrieben.

Schlüsselzuweisungen 2016 - 2026		
Jahr	Betrag	Bemerkung
2016	7.114.062	Rechnungsergebnis
2017	7.433.201	Rechnungsergebnis
2018	7.068.939	Rechnungsergebnis
2019	8.266.066	Rechnungsergebnis
2020	11.896.998	Rechnungsergebnis
2021	12.025.138	Rechnungsergebnis
2022	8.705.242	Rechnungsergebnis
2023	18.827.283	Rechnungsergebnis
2024	15.169.828	Rechnungsergebnis
2025	13.441.891	Rechnungsergebnis
2026	20.833.900	Endstand GFG 2026



Wie geht es mit dem Haushalt weiter:

Es fehlen verlässliche Aussagen vom Land für höhere Steuerbeteiligungen, auch die Altschuldenhilfe des Bundes lässt auf sich warten.

Fazit: Die Kommunen werden mit ihren Problemen weitestgehend alleine gelassen. Leider habe ich hier in den vergangenen Jahren keine Tendenz feststellen können, dass sich daran etwas ändert.

Ich bin der Auffassung, dass wir nur gemeinsam, Politik und Verwaltung, weitere Lösungsmöglichkeiten generieren können. Dies müssen wir im kontinuierlichen Dialog mit der Bevölkerung kommunizieren.

Ich wünsche uns allen, dass wir uns jetzt bis zur Verabschiedung konstruktiv mit den Inhalten des Haushaltsplanentwurfs befassen können. Am Ende steht hoffentlich ein Haushalt, der auf einer breiten Mehrheit im Rat der Stadt Schwelm fußt.

Wie geht es jetzt aber mit dem Verfahren zur Verabschiedung des Haushals weiter?

Sofern Sie dem Beschlussvorschlag folgen, schließen sich ab der kommenden Woche die Fachausschussberatungen an. Unser Zeitplan sieht vor, den Haushalt am 26.03. zu verabschieden, um schnellstmöglich einen Genehmigungsantrag zum Haushaltssicherungskonzept stellen zu können. Dazwischen wird es wieder Änderungslisten geben, die wir Ihnen unmittelbar nach Fertigstellung zur Verfügung stellen werden.

Abschließend möchte ich mich bedanken:

Zunächst beim Verwaltungsvorstand, Herrn Langhard, Herrn Schweinsberg und Herrn Kramann, die gemeinsam mit mir das Haushaltsverfahren begleitet haben.

Mein Dank gilt auch allen Kolleginnen und Kollegen aus den Fachbereichen sowie den Fachbereichsleitungen, die wie immer verlässlich an den Haushaltszahlen und an weiteren Unterlagen mitgearbeitet haben und die gemeinsam mit der Verwaltungsleitung nach Konsolidierungsmöglichkeiten suchen.

Bedanken möchte ich mich auch in diesem Jahr wieder bei den Fraktionsvorsitzenden, die gemeinsam mit der Verwaltungsleitung das Aufstellungsverfahren begleitet haben und mit Zeit und Ideen zur Gestaltung des Haushaltsplanentwurfs beigetragen haben. Mein Dank gilt darüber hinaus natürlich auch allen übrigen Mitgliedern des Rates der Stadt Schwelm und auch den Damen und Herren im Zuschauerraum, dass sie mir auch in diesem Jahr wieder zugehört haben. Zuletzt natürlich meinem Team der Abteilungen Finanzen und Personal, denn ohne sie läge heute kein Haushaltsplanentwurf vor Ihnen.